

2. Juni 2009 / Nr. 78

KOFF – swisspeace

- Jahresversammlung der KOFF-Trägerorganisationen
- Erster Rundtisch zur Region der Grossen Seen
- KOFF-Rundtisch zur Rolle der Internationalen Gemeinschaft in Sri Lanka
- Friedensprozess in Nepal: Der Schweizer Beitrag
- „Getting it right“ – Beziehungen zwischen Unternehmen und lokalen Bevölkerungen
- swisspeace-Jahresbericht 2008

Schwerpunkt

- Wissen sie nicht, was sie tun? Kritische Thesen zur heutigen Friedensförderung

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

- PBI untersucht den Schutzbedarf von MenschenrechtsverteidigerInnen in Afrika
- GSoA-Aktivitäten zur neuen Kriegsmaterial-Verordnung
- Interpeace lanciert „Zypern 2015“
- Institut für Föderalismus beteiligt sich am Aufbau eines palästinensischen Rechtsstaates

Schweizer Regierungsstellen

- Durban Review Konferenz gegen Rassismus
- Internationale Konferenz zu Konflikt und Wirtschaft
- Sicherheit und Mediation: Training für DCAF

Internationale Partnerorganisationen

Veranstaltungen, Publikationen, Webtipp

Herausgeber:
Kompetenzzentrum
Friedensförderung KOFF
Sonnenbergstrasse 17
CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12
www.swisspeace.org/koff

KOFF – swisspeace

Links

- [KOFF-Trägerorganisationen](#)
- [KOFF-Steering Committee](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Anita Müller](#)

Jahresversammlung der KOFF-Trägerorganisationen

Mitte Mai fand in Bern die Jahresversammlung der Trägerorganisationen von KOFF statt. Rund 45 Personen nahmen teil. Im ersten Teil der Versammlung skizzierte KOFF-Leiterin Anita Müller die wichtigsten Entwicklungen im letzten Jahr und informierte die Träger darüber, was sie von KOFF in Zukunft erwarten können. Anschliessend vermittelten Roland Dittli und Marcel von Arx einen Blick in die „KOFF-Werkstatt“, in dem sie ihre konkrete Arbeit zu Wirkungsorientierung in der Friedensförderung und zu Dealing with the Past vorstellten.

Wichtigstes statutarisches Geschäft waren die Wahlen für die NGO-Vertretungen im Steering Committee (SteeCom). Zur neuen Vertreterin der Kategorie C (Friedensorganisationen) wurde Irène Collaud von Peace Brigades International (PBI) gewählt. Sie ersetzt Sabine Ziegler (vormals PBI), deren engagierte Arbeit im SteeCom an der Versammlung herzlich verdankt wurde. Geert van Dok (Caritas Schweiz), der die Träger der Kategorie A (grosse Entwicklungsorganisationen) seit 2001 im SteeCom vertritt, wurde wiedergewählt. Cécile Bühlmann (cfd) vertritt die Trägergruppe ‚kleine Entwicklungsorganisationen‘. Sie moderierte die diesjährige Versammlung. Die Trägerschaft von KOFF ist im vergangenen Jahr wiederum leicht gewachsen. KOFF wird heute von 48 NGOs und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (Politische Abteilung IV, PA IV) getragen.

„Denn sie wissen nicht, was sie tun - Kritische Thesen zur heutigen Friedensförderung“ lautete der Titel der kontradiktorischen Diskussion im zweiten Teil der Veranstaltung. Einen Einblick in diese Debatte mit Laurent Goetschel (swisspeace), Roland Salvisberg (EDA, PA IV) und Cécile Bühlmann (cfd) gibt der Schwerpunktartikel dieser Newsletter-Ausgabe.

13.05.2009

Links

- [KOFF-Webseiten](#)

Am Rundtisch wurde die [Chatham House Rule](#) angewendet. Es gibt daher keine spezifischen Hinweise zu Organisationen oder ReferentInnen.

Erster Rundtisch zur Region der Grossen Seen

Der neu lancierte KOFF-Rundtisch zu Afrikas Region der Grossen Seen vom 14. Mai stiess auf grosses Interesse. Im Zentrum des Französisch geführten Anlasses stand das Referat eines Experten zu Menschenrechten und intern Vertriebenen (IDPs) im Osten Kongos. Trotz der gemeinsamen militärischen Operation von Ruanda und der DRC gegen bewaffnete Rebellen und der Verhaftung von Laurent Nkunda hat sich die menschenrechtliche Situation in der Region weiter verschlechtert. Diverse bewaffnete Gruppen verüben Massaker; Frauen und Mädchen leiden unter Vergewaltigungen durch Soldaten, Rebellen und Zivilisten und den Folgen sexueller Gewalt; JournalistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen, RichterInnen und JuristInnen werden eingeschüchtert. Die Zahl der IDPs ist auf rund 1,4 Millionen Personen angewachsen und es drohe eine ‚dramatische humanitäre Krise‘. Um die Ursachen des Konflikts – Straflosigkeit, illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Ungleichheit von Mann und Frau, Instrumentalisierung von ethnischen Gruppen – anzugehen, müssen unter anderem der

Weitere Informationen:
swisspeace [Sandra Rubli](#)

Sicherheitssektor und das Justizsystem reformiert, Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte aufgebaut, Minderheiten und IDPs geschützt sowie die sexuelle Gewalt bekämpft werden.

In einem zweiten Teil trugen die zirka 40 Teilnehmenden aus dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), aus NGOs, Universitäten und der Diaspora zu einer lebhaften Diskussion bei. Es wurde vorgeschlagen, die Bezeichnung ‚von Vertreibung betroffene Gemeinschaften‘ zu verwenden, um den Fokus nicht nur auf IDPs zu legen, sondern die Situation der Familien einzubeziehen, die IDPs aufnehmen und die oft keine humanitäre Hilfe erhalten. Eine der Hauptursachen für die anhaltend prekäre Situation sei die Straflosigkeit. Diese könne mit einer stärkeren Präsenz des Staates im Osten Kongo, entsprechenden Gesetzen und deren konsequenten Anwendung sowie einer Erhöhung des Anteils des nationalen Budgets für den Justizsektor bekämpft werden.

14.05.2009

Links

- [Schweizerisches Rotes Kreuz: Vermisste Familienangehörige in Sri Lanka](#)
- [International Crisis Group \(ICG\): Berichte zur humanitären Lage und zu Entwicklungsfragen im kriegsbetroffenen Norden und Osten Sri Lankas](#)
- [KOFF-Webseiten Sri Lanka](#)

Am Runder Tisch wurde die [Chatham House Rule](#) angewendet. Es gibt daher keine spezifischen Hinweise zu Organisationen oder ReferentInnen.

Weitere Informationen:
swisspeace
[Christine Schenk](#)

KOFF-Rundtisch zur Rolle der Internationalen Gemeinschaft in Sri Lanka

Am KOFF-Rundtisch vom 20. Mai sprach Alan Keenan, Berater bei International Crisis Group (ICG), zu „Entwicklung, Demokratisierung und Regionalisierung – die Rolle der Internationalen Gemeinschaft“. Er präsentierte die aktuelle Debatte zu Lösungsansätzen für die Krise im Norden Sri Lankas und verglich sie mit den Erfahrungen aus der Ostprovinz, nachdem diese durch die Regierungstruppen übernommen worden war. Weiter diskutierte er Dilemmas, die sich der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf Sri Lanka stellen.

Die anschliessende Diskussion konzentrierte sich auf drei Themen: Die humanitäre Situation, die politische Lösung des Konflikts und die Frage nach der Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen. Die humanitäre Lage ist mit rund 280'000 vertriebenen Zivilpersonen dramatisch. Berichten zufolge trifft dies auch auf die Situation in den Flüchtlingslagern zu, in denen die Regierung ZivilistInnen aus den Kampfgebieten festhält. Die Zusammenführung von Familien ist zurzeit unmöglich, weil die Identität der registrierten Zivilpersonen nicht öffentlich zugänglich ist. Die srilankische Regierung beschränkt weiterhin den Zugang für internationale Organisationen wie dem IKRK oder der UNO zu den Lagern.

Die politische Lösung für diesen Konflikt liegt insbesondere im Hinblick auf die verhärteten Positionen der verschiedenen Konfliktparteien noch in weiter Ferne. Obwohl die Regierung Aspekte von Entwicklung, Demokratisierung und Regionalisierung in Erwägung gezogen hat, bleibt sie der tamilischen Bevölkerung eine befriedigende Gesamtlösung schuldig. Vor kurzem hat die EU betont, sie erachte eine unabhängige Untersuchung der Kriegsverbrechen beider Seiten als einen wichtigen Schritt zur Versöhnung. Schliesslich wurden weitere Implikationen des militärischen Sieges der Regierung über die LTTE besprochen: Einige Seiten befürchten, dass die militärische Lösung Sri Lankas von anderen südasiatischen Staaten wie Pakistan, Indien oder Nepal als Vorbild für den Umgang mit ihren eigenen Widerstandsbewegungen verwendet werden könnte. 20.05.2009

Links

- [KOFF-Webseiten](#)
- [International Crisis Group: Nepal's Faltering Peace Process](#)
- [nepalnews](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Marcel von Arx](#)

Friedensprozess in Nepal: Der Schweizer Beitrag

Die Umsetzung des nepalesischen Friedensabkommens vom November 2006 ist ein vielschichtiges und komplexes Vorhaben. Markus Heiniger, Special Peace Adviser for Peace Building in Nepal der Politischen Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), beschrieb den über 30 Teilnehmenden des zweiten Nepal-Rundtisches den Vorgang und die Hintergründe der jüngsten Regierungskrise um die Armeespitze. Diese hat zum Rücktritt von Ministerpräsident Pushpa Kamal Dahal, dem ehemaligen Rebellenführer Prachanda und Leader der Unified Communist Party of Nepal (Maoist), geführt.

In enger Zusammenarbeit mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), anderen bilateralen Gebern, der UNO und vor allem nepalesischen Organisationen und ExpertInnen, die den Friedensprozess in Nepal unterstützen, versucht die Schweiz, die Auswirkungen akuter Krisen zu lindern sowie langfristige Probleme beratend zu begleiten und zu unterstützen. Das Schreiben einer neuen Verfassung, die Reform und Demokratisierung der Armee unter Einbezug der maoistischen People's Liberation Army, die heikle Debatte um die Einführung eines nepalesischen Föderalismus und die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während dem Bürgerkrieg und dem autoritären Königsregime sind dabei die wichtigsten Herausforderungen. Sie erfordern viel Sachwissen, ein ausgezeichnetes Netzwerk vor Ort und Einfühlungsvermögen. Ein weiteres Markenzeichen der Schweiz ist, dass Lösungswege immer schrittweise gemäss den lokalen Bedürfnissen und Präferenzen erarbeitet werden.

27.05.2009

Links

- [swisspeace: Business & Peace](#)
- [PA IV: Wirtschaft und Menschenrechte](#)
- [CDA: Corporate Engagement Project](#)
- [Center for Corporate Responsibility and Sustainability](#)
- [United Nations Global Compact for Swiss Companies](#)

„Getting it right“ – Beziehungen zwischen Unternehmen und lokalen Bevölkerungen

Am 15. Mai hat das swisspeace Business & Peace Programm zwei Veranstaltungen mit Luc Zandvliet mitorganisiert. Zandvliet und Mary B. Anderson sind Autoren des neu erschienen Buches „Getting it Right: Making Corporate-Community Relations Work“ – ein Produkt aus siebenjähriger Feldforschung bei über 60 internationalen Firmen. Es soll Personen in der Unternehmensführung helfen, die Interaktion mit lokalen Bevölkerungen ‚richtig anzugehen‘, das heisst kommerzielle Ziele mit positiven Wirkungen im jeweiligen Kontext zu verbinden.

Das Business & Peace Programm organisierte zusammen mit dem Desk für Menschliche Sicherheit und Wirtschaft des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eine Mittagsveranstaltung für VertreterInnen von NGOs, internationalen Botschaften und der Schweizerischen Regierung. Gleichentags fand in Zusammenarbeit mit dem United Nations Global Compact for Swiss Companies und dem Center für Nachhaltigkeit und unternehmerische Verantwortung der Universität Zürich (CCRS) eine Veranstaltung statt, die sich spezifisch an Schweizer Firmen richtete. Zandvliet präsentierte einige von ihm und seiner Co-Autorin identifizierte Muster, die erklären, weshalb auch Firmen die guten Willen demonstrieren, oft mit Unzufriedenheit oder sogar Gewalt sei-

Weitere Informationen:
swisspeace [Rina Alluri](#)

tens der lokalen Bevölkerung konfrontiert sind. So kann zwar das Angebot einer Firma neutral sein, die Wirkung auf die lokale Bevölkerung ist jedoch per Definition nie neutral. Um Konflikte zwischen Unternehmen und Lokalbevölkerungen zu verhindern oder zu prognostizieren, müssen Firmen Strategien für den Einbezug der Bevölkerung formulieren und auf deren Umsetzung bedacht sein. Weiter müssen sie sich bewusst sein, dass Gewinne manchmal weniger wichtig sind für die Gemeinschaften und deren Zufriedenheit als das Gefühl, vom Unternehmen ernst genommen zu werden.

Die dynamischen Diskussionen in beiden Veranstaltungen machten deutlich, dass gute Beziehungen zwischen Firmen und lokalen Gesellschaften sowohl die Sicherheit und Nachhaltigkeit der Firma wie auch die Lebensbedingungen der involvierten Bevölkerung wesentlich verbessern können. 15.05.2009

Links

- [swisspeace-Jahresbericht 2008](#)

swisspeace-Jahresbericht 2008

Der neu erschienene Jahresbericht von swisspeace bietet einen Überblick über die Aktivitäten der schweizerischen Friedensstiftung im vergangenen Jahr. Diese standen ganz im Zeichen des 20-jährigen Jubiläums von swisspeace: Die Friedensstiftung publizierte eine Jubiläumsbroschüre und organisierte verschiedene Veranstaltungen. Die Ausweitung und Weiterentwicklung der Arbeit zu Dealing with the Past sowie die Aktivitäten im Bereich Mediation gehörten zu den weiteren Höhepunkten. 15.05.2009

Schwerpunkt

Links

- [Goetschel, Laurent and Tobias Hagmann: Civilian peacebuilding: peace by bureaucratic means? \(2009\)](#)
- [KOFF-Webseiten](#)
- [KOFF-Tätigkeitsbericht 2008 \(Deutsch/Französisch\)](#)
- [cfd](#)
- [PA IV](#)

Wissen sie nicht, was sie tun?

Kritische Thesen zur heutigen Friedensförderung

Tun wir das Richtige und tun wir es richtig? Die Friedensförderung wisse zuwenig über die Folgen ihres Handelns und behandle lokale Partner oft mehr als Umsetzer denn als gleichwertige Beteiligte. VertreterInnen vom Schweizer Aussenministerium und von KOFF-Trägerorganisationen diskutierten diese und weitere kritische Thesen von swisspeace-Direktor Laurent Goetschel an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Jahresversammlung der KOFF-Träger in Bern. Dass ein stärkerer Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis fruchtbar und notwendig sei, zumindest darüber waren sich die Beteiligten einig.

Es ist kaum zwanzig Jahre her, da war Frieden in weiten Teilen Westeuropas ein politisch umstrittenes Konzept. Ausserhalb der Gemeinschaft der Friedensforschenden brachte man Frieden mit utopischem Denken, religiösen Sichtweisen oder kommunistischem Gedankengut in Verbindung. Mangels Möglichkeiten wur-

de im Kalten Krieg viel über Frieden debattiert und reflektiert aber wenig gehandelt. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich das grundlegend geändert. Friedensförderung verlor ihre politisch umstrittene Konnotation. In der Zwischenzeit sind unzählige Friedensprojekte entstanden.

Bürokratischer Frieden

Damit sei der Frieden vom Kopf auf die Füsse gestellt worden, so swisspeace-Direktor Laurent Goetschel. In Aussenministerien, Entwicklungsagenturen und bei Nichtregierungsorganisationen (NGO) habe ein regelrechtes Mainstreaming von Friedensförderung Einzug gehalten. Eine nicht unproblematische Bürokratisierung sei die Folge dieses Prozesses. Instrumente hätten sich schneller entwickelt als die Kenntnisse über die Folgen des eigenen Tuns und das Konkurrenzverhalten zwischen den Akteuren der Friedensförderung untergrabe die Wirkung des eigenen Handelns.

Auch Cécile Bühlmann, Geschäftsleiterin der feministischen Friedensorganisation cfd, schätzte die Technokratisierung und das teilweise mechanistische Verständnis von Friedensförderung als problematisch ein. Der zunehmende Rechtfertigungsdruck fordere immer differenziertere Messinstrumente von NGOs, um die Wirkung des eigenen Tuns zu beweisen. Dieser Trend werde den oft jahrelangen, mühseligen Prozessen nicht gerecht und setze staatliche wie nichtstaatliche AkteureInnen unter grossen Zeit- und Leistungsdruck.

Roland Salvisberg, stellvertretender Leiter der Sektion Friedenspolitik der Politischen Abteilung IV (PA IV) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vertrat die Ansicht, dass der grössere Handlungsspielraum seit dem Kalten Krieg sich durchaus positiv auf die Praxis der Friedensförderung ausgewirkt habe. Diese sei in der Zwischenzeit stetig weiterentwickelt und professionalisiert worden. Aus Projekten und Programmen würden Lehren gezogen und die PA IV erwarte auch von ihren Partnern, dass sie ihre Aktivitäten auf Relevanz und Wirkung prüfen, so dass ein ständiger Lernprozess in Gange bleibe. Auch die Zahlen unterstreichen laut Salvisberg die Früchte dieser Bemühungen: In den letzten 7 Jahren sind nur 5 Konflikte durch den Sieg einer Partei beendet worden, in 17 Fällen konnten die bewaffneten Auseinandersetzungen durch Verhandlungen eingestellt werden.

Politische Folgen der Friedensförderung

„Denn sie wissen nicht, was sie tun“: Diese Aussage betreffe, so Goetschel, auch die politischen Folgen der Friedensförderung. Den meisten westlichen Akteuren fehle das Wissen, um die politischen Konsequenzen ihrer Eingriffe in den jeweiligen Gesellschaften zu beurteilen. Gleichzeitig fehle auch der Wille, das eigene Handeln wissenschaftlich auf seine Wirkung hin zu prüfen, da Friedensförderung per se als legitim und gut betrachtet werde. Weiter problematisch sei der Umgang mit lokalen Partnern, die oft mehr als Ausführende und nicht als Gleichberechtigte behandelt würden. Diese Aussagen widersprechen dem Selbstverständnis der PA IV, welche die politische Dimension ihres Handelns weder negiert noch unterdrückt. Salvisberg betonte, die PA IV gehe davon aus, dass jede Aktivität in einem fremden Kontext eine politische Intervention darstelle. Sie verstehe sich als politische Akteurin, die in sehr politisierten Kontexten und mit politischen

Partnern agiert. Das Do no Harm Prinzip findet auch im EDA Anwendung. Zudem arbeitet die PA IV grundsätzlich nachfrageorientiert und es gehe nicht darum, ein Schweizer Modell zu verkaufen. Vielmehr sollten schweizerische Erfahrungen helfen, Denkprozesse anzustossen, damit lokale Lösungen informierter erfolgen können. Doch auch bei lokalen Betroffenen herrsche oftmals nicht Einigkeit über die Lösungsansätze. Oft würden die Bedürfnisse von Benachteiligten zu wenig gut repräsentiert. Bühlmann unterstützte die Aussage, dass auch in Gesellschaften des Südens keine homogenen Vorstellungen über Frieden und Gerechtigkeit bestünden. Gleichzeitig betonte sie, dass kulturelle Traditionen keine Rechtfertigung dafür seien, nicht gegen Diskriminierung und Ausschluss vorzugehen. Der cfd habe die Erfahrung gemacht, dass sehr wohl Teile der Bevölkerung, insbesondere Frauen, die Vorstellungen eines positiven Friedens im Sinne Galtungs mit dem cfd teilen und sich für eine entsprechende Entwicklung einsetzen. Ein Produkt dieser Bemühungen sei die UNO-Resolution 1325, die keineswegs als westliches Produkt abgetan werden könne. Der cfd arbeite ausschliesslich mit lokalen Partnerinnen zusammen und unterstützt diese als Projektpartnerin und Donor.

Kopf oder Füsse voran?

Den Vorwurf, dass zuwenig Zeit in grundsätzliche Debatten und Überlegungen investiert wird, bestätigte Bühlmann. Er zeige aber eher die Symptome als die Ursachen der Fehlentwicklungen auf, nämlich dass ein ständig zunehmender Druck hin zur Wirkungsmessung und –rechtfertigung bestehe. Eine wissenschaftliche Überprüfung des Einflusses von Faktoren wie Stärkung der Zivilgesellschaft, Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit auf die Friedensförderung würde sie begrüssen. Salvisberg betonte seinerseits die Wichtigkeit, lokale und regionale Akteure stärker einzubeziehen und damit lokales Wissen und Verantwortung zu fördern. Von der Forschung erwarte er Kritik und Anregungen. Eine wichtige Herausforderung liege in der Verbesserung und Anwendung von Instrumenten wie Reflecting on Peace Practice oder Outcome-Monitoring. Doch seien Wissenschaft und Praxis in vieler Hinsicht zwei verschiedene Welten und die Erkenntnisse einer Sphäre liessen sich nicht direkt in die andere übertragen. Diese Schwierigkeit sieht auch Goetschel, es bestehe durchaus eine Bringschuld seitens der Forschung. Gleichzeitig rief er die PraktikerInnen auf, ihre Fragen proaktiv in die Forschung einzubringen und offen zu sein für die Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen. Über den Bedarf an Schnittstellen zwischen ihren Tätigkeitsgebieten schienen sich die anwesenden Fachpersonen aus Forschung und Praxis also einig zu sein. Eine gegenseitige Befruchtung brauche es – oder anders ausgedrückt: die Aktivität soll Denkprozesse anregen und der Kopf die Füsse.

13.05.2009

Autorenschaft:
swisspeace [Christa Dold](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Anita Müller](#)

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

Links

- [PBI-Schweiz](#)
- [PBI](#)
- [Human Rights Defenders Under Attack](#)
- [Amnesty International](#)

Weitere Informationen:
PBI-Schweiz [Lisa Huber](#)

PBI untersucht den Schutzbedarf von MenschenrechtsverteidigerInnen in Afrika

Peace Brigades International (PBI) leitet einen Prozess zur Einschätzung der Sicherheitslage von MenschenrechtsverteidigerInnen in Afrika ein und untersucht, welche Rolle die internationale Schutzbegleitung dabei spielen könnte. Diese Initiative geht aus einem einjährigen Austausch zwischen PBI und Amnesty International (AI) hervor und wird vom schwedischen AI-Fonds finanziert. Das AI-Programm für MenschenrechtsverteidigerInnen in Kampala, Uganda, hat PBI gebeten, den Bedarf an Begleitschutz in Afrika abzuklären und eine Begleitmission in Betracht zu ziehen. Die Untersuchung wird einerseits die Entscheidungsgrundlage für oder gegen eine permanente PBI-Präsenz in ausgewählten afrikanischen Staaten bilden, andererseits soll sie AI und weiteren Organisationen helfen, Schutzstrategien für afrikanische MenschenrechtsverteidigerInnen zu entwickeln.

PBI-Schweiz unterstützt den Aufbau einer freiwilligen Expertenarbeitsgruppe, die Mitte Juni ihre Rechercharbeit aufnimmt. Die Arbeitsgruppe untersucht, welche Formen von Repression gegen MenschenrechtsverteidigerInnen bestehen, wie schwerwiegend diese sind, wie das bestehende Engagement für die Menschenrechte aussieht und welche Schutzaufgaben die internationale Gemeinschaft übernehmen könnte. Auch potentielle Unterstützungsnetzwerke gilt es zu eruieren. In einem ersten Schritt identifiziert das Team die Länder mit dem grössten Schutzbedarf. Davon fliesst ein kleinerer Kreis von Ländern in die weitergehenden Untersuchungen ein, die Anfang 2010 zum Abschluss kommen sollen. Ein Bericht der Arbeitsgruppe zuhanden von PBI und AI soll durch einen öffentlichen Bericht ergänzt werden, der auch auf dem Internet bereit gestellt und direkt an ausgewählte Institutionen versandt wird, die sich dem Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen in Afrika verschrieben haben.

08.05.2009

Links

- [GSoA](#)
- [GSoA-Zeitung: „Bundesrat verbietet alle Waffenexporte in die USA!“](#)
- [Rule of Law in Armed Conflict Projects \(RULAC\)](#)

GSoA-Aktivitäten zur neuen Kriegsmaterial-Verordnung

Auf Druck der hängigen Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ änderte der Bundesrat im vergangenen Winter die Verordnung über das Kriegsmaterial. Die angepasste Verordnung sieht unter anderem vor, dass die Schweiz keine Ausfuhren mehr an Staaten bewilligen darf, welche in „einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind“.

Pakistan war 2008 der Hauptabnehmer von Schweizer Waffen. Laut dem Projekt „Rule of Law in Armed Conflict“ (RULAC) wüten dort derzeit zwei interne bewaffnete Konflikte. Die nächst grösseren Kunden sind – bis auf Saudi-Arabien – alles Staaten, die in die Konflikte in Afghanistan oder im Irak verwickelt sind. Nationalrat und GSoA-Vorstandsmitglied Jo Lang forderte vom Bundesrat Auf-

Weitere Informationen:
GSoA [Andreas Weibel](#)

klärung darüber, wie er die neue Kriegsmaterial-Verordnung auszulegen gedenke. Das zuständige Volkswirtschaftsdepartement antwortete, dass es an der Bewilligungspraxis im Vergleich zur alten Verordnung nichts ändern wolle. Begründet wurde dies neutralitätsrechtlich. Die GSoA hält die Argumentation jedoch für juristisch nicht haltbar. Im Neutralitätsrecht gibt es keine Definition von bewaffneten Konflikten, zudem bezieht sich das Neutralitätsrecht ausschliesslich auf internationale und nicht auf interne Konflikte.

Die GSoA verfolgt weiter, wie die Verordnung des Verbots von Kriegsmaterial in bewaffnete Konflikte eingehalten wird. Einen ersten Anhaltspunkt erwartet die Organisation in den nächsten Kriegsmaterial-Exportstatistiken, die im Juli veröffentlicht werden sollen.

14.05.2009

Links

- [Interpeace: „Zypern 2015“](#)

Interpeace lanciert „Zypern 2015“

Der Konflikt in Zypern gehört zu den anhaltenden ungelösten Problemen der internationalen Gemeinschaft. Obwohl sich Dutzende von Resolutionen und Konfliktlösungsbemühungen des UNO-Sicherheitsrats während den letzten vier Jahrzehnte mit einer Lösung der Zypernfrage beschäftigt haben, bestehen die Spannungen fort. Das Projekt „Zypern 2015“ wurde am 1. Mai lanciert durch das gemeinsame Programm von UNO und Interpeace – Joint Programme Unit für UN/Interpeace Initiatives – und der UN Action for Cooperation and Trust in Cyprus (UNDP-ACT).

Das Programm zielt darauf ab, alle Ebenen und Sektoren beider Gemeinschaften in den Friedensprozess einzubinden. Konkret angestrebt werden eine besser informierte öffentliche Debatte, die sich auf objektive Informationen stützt; effizientere Kommunikationskanäle zwischen Entscheidungsträgern und der breiten Öffentlichkeit; besser informierte politische Entscheidungsprozesse sowie verstärktes Vertrauen und Sensibilisierung sowohl innerhalb der eigenen wie auch gegenüber der anderen Gemeinschaft. Das Projekt wird eine Reihe von Forschungs- und Dialogführungsinstrumenten anwenden, um den konstruktiven Austausch zwischen allen Gruppen zu fördern.

Das Programm „Zypern 2015“ wird während der nächsten 18 Monate von einem Team aus griechischen und türkischen Zyprioten geführt, das einen ganzheitlichen Programmansatz verfolgt. Entsprechend der Arbeitsweise von Interpeace besteht das Team 100% aus lokalen Mitarbeitenden. Damit soll sichergestellt werden, dass Konfliktlösungen von ZypriotInnen für ZypriotInnen entstehen und nicht von Aussen auferlegt werden.

Die Initiative für das Programm stammt vom früheren UNO-Sonderbeauftragten für Zypern Michel Møller und dem UNDP-ACT in Zypern. In einem gründlichen Konsultationsverfahren hat sich zwischenzeitlich bestätigt, dass der Ansatz von Interpeace einen Mehrwert darstellen würde und das Potential hätte, in dem mehr als 45 Jahre zurückgehenden ‚gefrorenen‘ Konflikt offene Punkte anzugehen und Fortschritte zu erzielen.

01.05.2009

Links

- [IFF](#)

Weitere Informationen:

IFF [Peter Hänni](#)

Institut für Föderalismus beteiligt sich am Aufbau eines palästinensischen Rechtsstaates

Das Institut für Föderalismus (IFF) der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg hat anlässlich von zwei internationalen Konferenzen sein Know-how eingebracht, um den palästinensischen Behörden beim Aufbau eines Rechtsstaates in Palästina zur Seite zu stehen.

Während es in einer ersten Konferenz vom 25.-27. Januar 2009 in Limassol auf Zypern darum ging, die Amtsdauer von Präsident Abbas mit Blick auf die palästinensische Verfassung zu diskutieren, stand an der zweiten Konferenz in Kairo vom 11.-12. Mai die Frage im Mittelpunkt, ob das Gesetz über die Einführung eines Verfassungsgerichts einer kritischen Analyse standzuhalten vermöge.

Beide Konferenzen waren von Musawa organisiert worden. Musawa ist eine von der EU unterstützte NGO, die sich dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verschrieben hat.

An beiden Konferenzen war das IFF mit Eva Maria Belser und Peter Hänni vertreten. Sie verfassten zu beiden Fragen je ein Kurzgutachten, die in Kürze auf der Webseite des IFF veröffentlicht werden.

26.05.2009

Schweizer Regierungsstellen

Links

- [Durban Review Conference](#)

Durban Review Konferenz gegen Rassismus

182 Staaten haben im Konsens das Schlussdokument der diesjährigen Nachfolgekonferenz zur Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban verabschiedet. Dieses ruft unmissverständlich zum Engagement gegen Rassismus, Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit auf und enthält einige Elemente, welche die Schweiz als wichtig erachtet. So unterstreicht es die Rolle des internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung und konzentriert sich auf Massnahmen zur Umsetzung existierender Normen. Insbesondere der Meinungsäusserungsfreiheit schreibt der Text eine zentrale Rolle im Kampf gegen Diskriminierungen zu, da diese eine Vielfalt an Ideen und Denkweisen fördere. Das Dokument anerkennt ebenfalls die Notwendigkeit, Schritte zur effektiven Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen und Kindern zu unternehmen sowie gegen multiple und schwere Formen der Diskriminierung vorzugehen. Ebenso schliesst es Rassismus gegenüber ImmigrantInnen, Asylsuchenden und Flüchtlingen mit ein. Auf die am kontroversesten diskutierten Themen wie etwa die Lage in Nahost oder die „Diffamierung der Religionen“ als Form der Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit verzichtet der Text nach langen Verhandlungen. Das Dokument enthält nach wie vor einen Bezug zum Gedenken an den Holocaust und unterstreicht die Rolle der Meinungsäusserungsfreiheit, der Demokratie, der Informationsnetze, der Menschenrechtsbildung und eines kompetenten, unabhängigen und unparteiischen Justizsystems im Kampf gegen Rassismus.

Weitere Informationen:
EDA [Mirko Giulietti](#)

Die Durban Review Konferenz gegen Rassismus fand vom 20. bis 24. April in Genf statt. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey führte die Schweizer Delegation an. In ihrer Stellungnahme unterstrich sie, dass das Dokument für die Schweiz wichtige Prinzipien enthalte. Die Vorsteherin des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) betonte, die Verabschiedung des Schlussdokuments durch Konsens sei ein Beweis, dass die Kräfte, die nach einem gemeinsamen Engagement der internationalen Gemeinschaft gegen Rassismus, Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit verlangten, Überhand behielten. 24.04.2009

Links

- [Vortrag Thomas Greminger \(PA IV\)](#)
- [PA IV: Menschliche Sicherheit](#)
- [PA IV: Wirtschaft und Menschenrechte](#)
- [Red Flag Guidelines](#)
- [Fafo: The New Security Programme](#)
- [International Alert: Economy and Peace](#)

Weitere Informationen:
EDA [Daniela Kohler](#),
Trainee Desk Menschliche
Sicherheit und Wirtschaft

Internationale Konferenz zu Konflikt und Wirtschaft

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) – vertreten durch Thomas Greminger, Leiter der Politischen Abteilung IV für Menschliche Sicherheit (PA IV) und deren Desk für Menschliche Sicherheit und Wirtschaft – hat am 30. April in Zürich zwei Konferenzen zum Thema Konflikt und Wirtschaft abgehalten. Der öffentliche Anlass mit dem Titel „Red Flags: Corporate Respect for Human Rights in High Risk Zones“ wurde von Fafo und International Alert geleitet, die gemeinsam die Red Flags Guidelines entwickelt und kürzlich veröffentlicht haben. Diese stehen in Verbindung mit neun Aktivitäten, die bei Unternehmen eine „rote Fahne“ auslösen sollen, um mögliche Risiken und dringenden Handlungsbedarf anzuzeigen. Da alle Red Flags auf internationalem Recht und Präzedenzfällen basieren, sind sie legal bindend. Sie drücken verpflichtende Mindeststandards für alle Unternehmen aus, die in Konfliktgebieten tätig sind. Neben den klaren Vorteilen für die Unternehmen und deren Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Verpflichtungen sollten die Red Flags Regierungen zu einer proaktiven Haltung bewegen und bei der Durchsetzung von internationalem Recht mithelfen.

Die Nachmittagsveranstaltung, geleitet vom EDA, brachte eine ExpertInnengruppe zu Konflikt und Wirtschaft aus Menschenrechtsgruppierungen, internationalen Organisationen, Universitäten und Regierungen zusammen. Die informelle Diskussion wollte die neuesten Entwicklungen im Diskurs über Konflikt und Wirtschaft sowie die Erwartungen an Regierungen, Unternehmen und an die Zivilgesellschaft vergegenwärtigen. Weiter fand eine Reflektion über aktuelle Herausforderungen und mögliche Massnahmen statt.

Zwei wichtige Schlussfolgerungen betrafen den Bedarf an mehr Klarheit innerhalb der vielen existierenden Instrumente und an klaren Anleitungen für Akteure. Unternehmen benötigen nicht nur Warnsignale wie die Red Flags, sondern auch explizite und realisierbare Guidelines für ihr Verhalten in Gebieten mit hohem Risiko – so genannte Green Flags. Diese Erkenntnis ergänzt sich gut mit einer neuen Projektinitiative der PA IV und dem Desk für Menschliche Sicherheit und Wirtschaft sowie der Arbeit von John Ruggie, Sonderbeauftragtem des UNO-Generalsekretärs für Wirtschaft und Menschenrechte, welche bereits geholfen haben, Menschenrechte für Unternehmen verständlicher und leichter realisierbar zu machen. 30.04.2009

Links

- [MSP](#)
- [ETH-CSS](#)
- [PA IV](#)
- [DCAF](#)
- [Mediationskurs für DCAF](#)
- [CIAN](#)
- [Peacemaker](#)
- [UN DDR](#)

Weitere Informationen:

EDA [Murezi Michael](#)

MSP [Simon Mason](#)

Sicherheit und Mediation: Training für DCAF

Das Mediation Support Project, ein Gemeinschaftsprojekt von swisspeace und ETH-CSS, organisierte zusammen mit der Politischen Abteilung IV (PA IV) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ein Seminar für das Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle von Streitkräften (DCAF), das sich der Mediation und allen sicherheitsrelevanten Bausteinen von Friedensverhandlungen widmete. 22 ExpertInnen von DCAF, die alle bereits bei der Umsetzung von Friedensabkommen beteiligt gewesen waren, fanden sich dazu vom 4. - 11. Mai in Einsiedeln ein. Sie werden in Zukunft als Experten für Sicherheitsaspekte in internationalen Mediationsteams eingesetzt.

Die Teilnehmenden diskutierten in einem ersten Teil mit dem Chef der Mediation Support Unit der UNO, Kelvin Ong, und einem unabhängigen Sicherheitsexperten, Jeremy Brickhill, die Demobilisierungs-, Entwaffnungs- und Reintegrationsprogramme (DDR). Julian Hottinger, ein Mediationsexperte des EDA, sowie Lt. Gen. (Rtd.) Lazaro Sumbeiywo, ehemaliger Armeechef Kenyas und Mediator im sudanesischen Nord-Süd Friedensprozess, präsentierten anschliessend die Friedensverhandlungen prägenden Themen wie Power- oder Wealth-Sharing. Denn nachhaltige Sicherheit, so die Schlussfolgerung, hänge wesentlich von einem gelungenen politischen und sozialen Wandel ab.

Hottinger und Benjamin Hoffman, Präsident des Canadian International Institute for Applied Negotiations, gingen schliesslich auf Mediationstechniken und die Prozessgestaltung ein und führten damit den Teilnehmenden die Komplexität von Mediationsverfahren vor Augen. Die Erkenntnis, dass es kein „One-Size-Fits-All“ gibt, ist erst ein erster Schritt hin zu einer Planung, die auf die Anforderungen von Kontext und Parteien eingeht. Alle Teilnehmenden erlebten die Unberechenbarkeit von Mediationsverfahren in mehreren Rollenspielen. Nun müssen sie die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen lernen. 11.05.2009

Internationale Partnerorganisationen

Info

Diese Rubrik enthält Neuigkeiten von zehn Partnerorganisationen, mit denen KOFF strategische Allianzen unterhält.

- [Akademie für Konflikttransformation](#)
- [Berghof-Center](#)

Berghof

- Welche Rolle spielen Widerstandsbewegungen in Konflikten, Friedens- und Demokratisierungsprozessen? Der [Berghof Report No 17](#) „From War to Politics: Resistance/Liberation Movements in Transition“ bringt Einsichten in Entscheidungsprozesse und Praktiken von Widerstands- und Befreiungsbewegungen anhand vergleichender Daten aus Südafrika, Kolumbien, Nepal, Sri Lanka, Aceh und Nordirland. [Druckversion](#).

International Alert

- International Alert hat eine neue Publikationsreihe zum [Projekt](#) „Strengthening the Economic Dimensions of Peacebuilding“ lanciert. Sie zeigt anhand von vier Fallstudien – Uganda, Nepal, Kolumbien, Sri Lanka – verschiedene

- [CDA Collaborative Learning Projects](#)
- [Conciliation Resources](#)
- [European Centre for Conflict Prevention](#)
- [European Peacebuilding Liaison Office \(EPLO\)](#)
- [Gruppe Friedensentwicklung \(FriEnt\)](#)
- [GTZ](#)
- [International Alert](#)
- [Plattform Zivile Konfliktbearbeitung](#)

wirtschaftliche Ursachen und Auswirkungen von Konflikten, wie auch die ökonomischen Aspekte der Friedensförderung. [Zusammenfassung](#).

- Dieses Jahr will sich International Alert verstärkt bemühen, die internationale Gemeinschaft für die Auswirkungen internationaler Hilfe in Konfliktgebieten zu sensibilisieren, um diese effektiver zu gestalten und mögliche negative Folgen zu minimieren. Kontakt [Chris Underwood](#). International Alert: [Aid Effectiveness](#).

Akademie für Konflikttransformation

- Das Seminar „Friedensarbeit als Beruf“ der Akademie für Konflikttransformation des Forums Ziviler Friedensdienst ist für Ein- und UmsteigerInnen gedacht und wird vom 25. - 26. Juli in Königswinter angeboten. [Anmeldung](#).

Collaborative Development Action (CDA)

- Die CDA-Mitarbeitenden Diana Chigas und Peter Woodrow haben kürzlich „Envisioning and Pursuing Peace Writ Large“ publiziert, eine [Reaktion](#) auf Simon Fischer und Lada Zimina in „Peacebuilding at the Crossroads? Dilemmas and Paths for Another Generation“ im Berghof Handbook for Conflict Transformation – Dialogue Series No. 7.

Conciliation Resources

- Ein neuer [Bericht](#) von Conciliation Resources befasst sich mit der aktuell fragilen Sicherheitslage in den Grenzgebieten zwischen der Demokratischen Republik Kongo (DRC) und dem Südsudan. „After Operation Lightning Thunder: protecting communities and building peace“ untersucht den jüngst gescheiterten Militäreinsatz von Uganda, Sudan und der DRC und fordert effektivere Massnahmen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Veranstaltungen

Info

Diese Rubrik enthält Hinweise zu ausgewählten Veranstaltungen in der Schweiz im Zusammenhang mit der zivilen Friedensförderung.

- KOFF bietet im laufenden Jahr eine fünfteilige [Trainingsserie](#) zu folgenden Themen an: Reflecting on Peace Practice (RPP), Dealing with the Past in Post-Conflict Societies, Do no Harm, Evaluating Peacebuilding Projects (Teil 1 und 2). Im ersten KOFF-Training zu RPP vom 11. und 12. Juni gibt es noch zwei freie Plätze. [Anmeldung](#).
- Am 9. Juni organisiert SWISSAID im World Trade Center Zürich ein [Symposium](#) zur Förderung von Bodenschätzen. Diskutiert wird eine neue globale Initiative, die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), mit deren Hilfe für Bevölkerung und Unternehmen mehr Transparenz geschaffen werden soll rund um die Nutzung natürlicher Ressourcen. [Anmeldung und Informationen](#).
- Anschliessend an die Jahresversammlung des Vereins Palmyrah findet am 9. Juni von 20 – 21.30 Uhr in der Französischen Kirche in Bern eine [Veranstaltung](#) zum Thema „Alltagssituationen von Familien im Osten Sri Lankas“ statt. Der Vortrag mit anschliessender Diskussion beinhaltet auch eine Einführung in die aktuelle politische Lage Sri Lankas.

- Die Interactive Problem-Solving (IPS) Methode, entwickelt von Herbert C. Kelman, ist ein Ansatz für die Lösung von interkommunalen und internationalen Konflikten. Der [Workshop](#) für das interessierte Fachpublikum, geführt von Herbert Kelman und Donna Hicks, findet am 17. und 18. Juli in Bern statt.
- Das zweite [Forum](#) für Menschliche Sicherheit von Caux vom 17. - 22. Juli bietet eine Plattform für den Austausch zwischen all jenen, die sich weltweit für Frieden und menschliche Sicherheit einsetzen. An der [Konferenz](#) „Tools for Change“ vom 9. - 15. August bietet CAUX zudem eine Serie von Kursen zu Themen, welche für die Friedensförderung relevant sind. [CAUX Agenda 2009](#).

Publikationen

Info

[Facing Global Environmental Change. Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts \(2009\)](#)

Der weltweiten Umweltveränderung begegnen

Klimawandel, fortschreitende Wüstenbildung, Wasserknappheit, Bevölkerungswachstum und Verstädterung sind die neuen Sicherheitsrisiken für die Menschen im 21. Jahrhundert. Bedrohlich sind dabei nicht nur diese Risiken an sich, sondern auch ihr Potential, gewaltsame Konflikte zu verursachen. Mit diesen Herausforderungen und mit der Frage, wie ihnen die Politik begegnen kann, befasst sich Band 4 aus der Hexagon-Reihe zu „Human and Environmental Security and Peace“, der unter dem Titel „Facing Global Environmental Change. Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts“ erschienen ist. 132 AutorInnen aus 49 Ländern haben insgesamt 100 Beiträge verfasst, in denen sie die weltweite Debatte über Sicherheitskonzepte in den Bereichen Umwelt, Energieversorgung, Nahrung, Einkommen, Gesundheit, Wasser und Gender analysieren.

Die AutorInnen empfehlen ein neues Forschungsprogramm, um dem gesammelten Wissen Taten folgen zu lassen, um von reaktiver zu aktiver Politik vorzürücken und die Friedenspolitik um neue Wege der ökologischen Zusammenarbeit zu erweitern.

swisspeace-Geschäftsführer Heinz Krummenacher ist Co-Autor und Mitherausgeber des vorliegenden Bands, der sich wegen seines Umfangs und der entsprechend hohen Anschaffungskosten vor allem an Forschende, Bibliotheken, Institute und internationale Organisationen richtet.

13.05.2009

Webtipp

Info

- [Caritas: Resource Kits for Peace Builders](#)

Trainingsmaterialien zur zivilen Friedensförderung

Vor wenigen Wochen hat der internationale Caritasverband ein Online-Toolkit für TrainerInnen im Bereich der zivilen Friedensförderung lanciert. Dieses bietet eine breite Palette an Hintergrundinformationen und didaktischen Tipps zu den drei thematischen Schwerpunkten Friedensverhandlungen, Gewaltfreiheit und Integration/Konfliktsensitivität.

Die einzelnen Beiträge sind so verlinkt, dass aus den verschiedenen Elementen ganze Workshops zusammengestellt werden können, die Seite dient aber vor allem als Inspiration für die Gestaltung einzelner Module. Zum Themengebiet der Gewaltfreiheit werden beispielsweise über zwanzig verschiedene Gruppenaktivitäten vorgeschlagen. Methodische Tricks zur Vermittlung des Do no Harm Frameworks sind genauso zu finden wie ein ausführliches Trainingsmanual zur Konfliktanalyse. Die von PraktikerInnen und AkademikerInnen verfassten Beiträge sind allen frei zugänglich. Sie eignen sich nicht nur als Ideenpool für TrainerInnen sondern auch als Studienanleitung für Wissbegierige.

20.05.2009

Herausgeber: Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) / [swisspeace](#)

Adresse: Sonnenbergstrasse 17, CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12; Fax: +41 (0)31 330 12 13

Redaktion: [Christa Dold](#)

swiss
peace

Der KOFF-Newsletter erscheint am 1. jedes Monats (ohne 1. August und 1. Januar) in Deutsch, Englisch und Französisch. Der Newsletter wird elektronisch vertrieben. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind auf den [KOFF-Webseiten](#) im PDF-Format herunterladbar. Im [Online-Archiv](#) können sämtliche Artikel nach Suchbegriffen abgefragt werden.

KOFF ist ein Programm von swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie den folgenden Schweizer Nichtregierungsorganisationen:

- [Alliance Sud](#) • [APRED](#) • [BAHA'I](#) • [Brücke Le pont](#) • [Caritas Schweiz](#) • [Caux - Initiativen der Veränderung](#) • [cfd](#) • [CIMERA](#) • [DCAF](#) • [Eirene Schweiz](#) • [Fastenopfer](#) • [Fondation Hirondelle](#) • [Forum für Friedenserziehung](#) • [Frauen für den Frieden Schweiz](#) • [FriedensFrauen Weltweit](#) • [Gemeinden Gemeinsam Schweiz](#) • [Geneva Call](#) • [Gesellschaft für bedrohte Völker](#) • [Green Cross Schweiz](#) • [GSoA](#) • [HEKS](#) • [Helvetas](#) • [IICP](#) • [Intercooperation](#) • [International Association for Human Values](#) • [Interpeace](#) • [Interteam](#) • [LIPS](#) • [Media21](#) • [Medico International Schweiz](#) • [Medienhilfe](#) • [mission 21](#) • [MIVA Schweiz](#) • [Palmyrah](#) • [Peace Brigades International](#) • [Peace Watch Switzerland](#) • [Quaker United Nations Office](#) • [Swiss Academy for Development](#) • [Schweizerische Flüchtlingshilfe](#) • [Schweizerischer Friedensrat](#) • [Schweizerisches Arbeiterhilfswerk](#) • [Schweizerischer Katholischer Frauenbund](#) • [Schweizerisches Rotes Kreuz](#) • [Service Civil International Schweiz](#) • [Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#) • [Swissaid](#) • [terre des hommes Schweiz](#) • [World Vision Schweiz](#)